

Anrainerversammlung Jedmayer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Wann ist mit der Durchführung der angekündigten Anrainerversammlung zu rechnen?
- Wurde bereits ein Termin oder Zeitrahmen festgelegt?
- Welche Stellen bzw. Institutionen (z. B. Polizei, MA 42, Wiener Linien, Sozialarbeit, Suchthilfe) sollen an der Anrainerversammlung teilnehmen?
- Wie gedenken Sie sicherzustellen, dass die Sorgen und Anliegen der Anrainerinnen und Anrainer zeitnah gehört und berücksichtigt werden?

Begründung

Die ÖVP Mariahilf hat im September 2024 einen Antrag auf Durchführung einer Anrainerversammlung für das Grätzel rund um die Drogenberatungseinrichtung Jedmayer eingebracht. Der Antrag war nicht zulässig, BV Markus Rumelhart hat aber in der Sitzung des Bezirksparlaments am 26. September 2024 angekündigt, eine Anrainerversammlung durchzuführen.

Gerhard Hammerer

Antwort Julia Lessacher

BV bemüht sich, eine Anrainerversammlung durchzuführen, die Mehrzahl der Institutionen war aber bis dato nicht bereit, daran teilzunehmen, ohne die Dienststellen macht es keinen Sinn, als Ort ist das Haus der Begegnung im Gespräch

Schwerpunktaktionen in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Wie viele dieser Schwerpunktaktionen haben seit Jänner 2025 im 6. Bezirk stattgefunden?
- An welchen konkreten Standorten in Mariahilf wurden diese Maßnahmen durchgeführt?
- Welche Behörden und Magistratsabteilungen waren jeweils beteiligt?
- Welche konkreten Ergebnisse konnten bei diesen Aktionen erzielt werden (z. B. Anzeigen, Feststellungen, Beratungen, verwaltungsrechtliche Maßnahmen)?
- Welche Rückmeldungen von Anrainerinnen und Anrainern liegen der Bezirksvorstehung über die Wirkung der bisherigen Maßnahmen vor?
- Die Bezirkszeitung berichtete im August 2025 über offenen Drogenkonsum direkt neben dem Kinderspielplatz im Fritz-Imhoff-Park. Wie viele Aktionen haben konkret im Fritz-Imhoff-Park stattgefunden?
- Ist geplant, diese Schwerpunkteinsätze im 6. Bezirk regelmäßig fortzuführen, und wenn ja, in welchem zeitlichen Rahmen?

Begründung

Bürgermeister Michael Ludwig hat im Jänner 2025 im Fritz-Imhoff-Park das Maßnahmenpaket „Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum“ präsentiert. Dieses umfasst unter anderem koordinierte Schwerpunkteinsätze von Polizei, Gruppe Sofortmaßnahmen, Magistratsabteilungen und Wiener Linien, beginnend in Mariahilf.

Gerhard Hammerer

Antwort Julia Lessacher

Insgesamt wurden 14 Schwerpunktaktionen durchgeführt, Imhoff-Park, U6 Station, Esterhazypark und Mariahilfer Straße / Barnabitingasse, Rückmeldungen waren gespalten, auf der Mariahilfer Straße Verbesserungen, im Jedmayer-Grätzel keine Verbesserungen, Einsätze werden fortgesetzt

Öffentliche Toilette Barnabitengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Wurde die angekündigte Evaluierung bereits durchgeführt und, wenn ja, zu welchem Ergebnis ist sie gekommen?
- Wurde die angekündigte Standortüberprüfung für den Bereich Barnabitengasse / Mariahilfer Straße mittlerweile durchgeführt?
- Falls ja: Zu welchen Ergebnissen ist man gekommen und welche Standorte wurden konkret geprüft?
- Falls nein: Wann ist mit der Durchführung der Standortüberprüfung zu rechnen?
- Ist die Errichtung einer öffentlichen Toilette an diesem Standort nach aktueller Einschätzung grundsätzlich realistisch und in welchem Zeitrahmen wäre eine Umsetzung geplant?
- Werden die Fraktionen in die weiteren Entscheidungsprozesse eingebunden?

Begründung

Die ÖVP Mariahilf hat im März 2025 den Antrag gestellt, im Bereich Barnabitengasse / Mariahilfer Straße eine öffentliche Toilette zu errichten. In seiner Beantwortung vom 22. Mai 2025 führte der zuständige amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Jürgen Czernohorszky, aus, dass vor einer Umsetzung eine Standortüberprüfung unter Berücksichtigung aller erforderlichen Begleitmaßnahmen erfolgen müsse. Da dieser Wunsch ausdrücklich von Anrainerinnen und Anrainern vorgebracht wurde und die Situation im genannten Bereich weiterhin ungelöst ist, ersuche ich um Beantwortung der o.a. Fragen.

Gerhard Hammerer

Antwort Julia Lessacher

Unterschiedliche Reaktionen der Stadträte: Sima ist aus Platzgründen dagegen, Czernohorszky dafür, auch unter den Anrainern unterschiedliche Meinungen, Lessacher hofft auf ein Wien weites WC-Konzept, um den Bezirk kostenmäßig zu entlasten, MA 48 wird in die Kommission Planung eingeladen, zusätzlich gibt es Gespräche mit der Gruft, deren Einrichtungen zu nutzen

Probleme im Esterhazypark

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Welche konkreten Probleme wurden von den Anrainerinnen und Anrainern gemeldet?
- Zu welchen Zeitpunkten und in welcher Form wurde die „Gruppe Sofortmaßnahmen“ eingeschaltet?
- Welche Maßnahmen wurden durch die „Gruppe Sofortmaßnahmen“ im Esterhazypark gesetzt?
- Welche Ergebnisse konnten durch diese Maßnahmen erzielt werden?
- Sind für die kommenden Monate weitere Schritte geplant, um die Situation im Esterhazypark nachhaltig zu verbessern?

Begründung

Laut Berichten von Anrainerinnen und Anrainern kam es im Sommer 2025 zu wiederholten Problemen mit Jugendlichen im Esterhazypark. Nach Ihren Angaben wurde in diesem Zusammenhang sogar die „Gruppe Sofortmaßnahmen“ kontaktiert, um auf die Situation zu reagieren.

Veronika Zimmermann

Antwort Julia Lessacher

Im Juli 2025 haben 40 Personen im Esterhazypark campiert, massive Vermüllung, Park wurde am Folgetag geräumt, normaler Zustand wiederhergestellt

Barrierefreiheit Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Liegt für die Aufstellung des Heizkuriers sowie für die provisorische Leitungsführung über den Gehsteig eine behördliche Genehmigung vor?
- Wenn ja: Welche Stelle hat diese Genehmigung erteilt und für welchen Zeitraum gilt sie?
- Wie lange soll die aktuelle provisorische Lösung noch bestehen bleiben?
- Wurden Alternativen geprüft, die eine fußgängerfreundlichere und barrierefreie Ausführung ermöglichen würden?
- Welche Maßnahmen sind seitens des Bezirks bzw. der zuständigen Magistratsabteilungen vorgesehen, um die Situation insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen zu verbessern?

Begründung

Das Gebäude Ecke Hirschengasse 10 / Liniengasse wird seit längerer Zeit durch einen auf einem Parkplatz abgestellten „Heizkurier“ mit Wärme versorgt. Die dafür verlegte Leitung führt vom Parkplatz in das Haus beim Eingang Liniengasse und liegt quer über den Gehsteig. Der Übergang erfolgt derzeit über eine provisorische Holzrampe, die unbeleuchtet ist und zudem eine starke Steigung aufweist, sodass sie insbesondere für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer kaum nutzbar ist.

Marcel Flitter

Antwort Julia Lessacher

Es gibt eine Genehmigung der MA 46, die einmal verlängert wurde, spätestens im November wird die Situation bereinigt, vielleicht auch schon im Oktober, Alternativen wurden nicht geprüft

Probleme vor Millergasse 48

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Wurde die angekündigte Evaluierung bereits durchgeführt und, wenn ja, zu welchem Ergebnis ist sie gekommen?
- Welche Kriterien wurden bei dieser Evaluierung herangezogen, um eine mögliche Verbesserung der Situation zu messen?
- Wie gestaltet sich die aktuelle Lage vor Ort nach Entfernung des Tisches?
- Ist aus Ihrer Sicht eine weitere bauliche Veränderung (z. B. Entfernung der Sitzgelegenheiten) geplant oder vorgesehen?
- Welche weiteren Maßnahmen sind angedacht, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner der Millergasse 48 nachhaltig zu verbessern?

Begründung

Bewohnerinnen und Bewohner der Liegenschaft Millergasse 48 haben sich bereits im Frühjahr 2025 an Sie gewandt, da es wiederholt zu massiven Problemen mit suchtkranken Personen im Bereich der Wohnhausanlage gekommen ist. Insbesondere die vor dem Haus befindlichen Sitzgelegenheiten wurden regelmäßig von suchtkranken Personen zweckentfremdet. Im Juli 2025 wurde daraufhin der Tisch entfernt, während dem Wunsch der Bewohner nach vollständiger Entfernung der Sitzgelegenheiten bislang nicht entsprochen wurde. Sie haben angekündigt, die Situation in den kommenden Wochen zu evaluieren, um zu prüfen, ob die gesetzte Maßnahme zu einer Besserung beiträgt.

Gerhard Hammerer

Antwort Julia Lessacher

Derzeit ist nicht daran gedacht, die Sitzgelegenheiten zu entfernen (sie waren ein Wunsch aus der Bevölkerung), Situation wird beobachtet

Naschpark

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Ist der Name „Naschpark“ bereits fix beschlossen oder wird es noch eine öffentliche Diskussion bzw. Bürgerbeteiligung zur Namensfindung geben?
- In welcher Form werden die Anrainerinnen und Anrainer sowie die Bezirksvertretung in die Entscheidung über die Namensgebung eingebunden?
- Liegen der Bezirksvertretung oder dem Magistrat bereits alternative Namensvorschläge für die neue Parkanlage vor?
- Wird bei der Namensgebung auch geprüft, eine Persönlichkeit mit Bezug zum Bezirk oder zur Geschichte des Naschmarkts zu ehren?
- Welches Verfahren ist für die endgültige Entscheidung über den Namen vorgesehen und bis wann ist mit einer offiziellen Benennung zu rechnen?

Begründung

Auf dem Gelände des Wiener Naschmarkts entsteht derzeit eine neue Parkanlage. Inoffiziell wird der Name „Naschpark“ verwendet, Details sind aber öffentlich nicht bekannt.

Gerhard Hammerer

Antwort Julia Lessacher

Anfrage wird an StRin Sima zur Beantwortung weitergeleitet